



BAG Den Kindern von Tschernobyl i.D., Karl-Immermann-Str.28, D-48143
Münster, Deutschland

European Commission

Frau Kommissarin

Benita Ferrero-Waldner

DG External Relations

European Neighbourhood Policy

ENP General Coordination Unit (ER/D)

Generalkoordinationsseinheit der ENP (ER/D1)

B 1049 Brüssel

Belgien

Vorab per Mail: enp-info@ec.europa.eu

RELEX-D1-EAP-CIVIL-SOCIETY@ec.europa.eu

Betr.: Eastern Partnership Civil Society Forum

„Den Kindern von Tschernobyl“, Vorsitzender Prof. Gennady Grouchevov, Minsk

Teilnahme an der 1.Tagung des Civil Society Forums

Antrag und Ablehnung

Münster, den 9.November 2009

Sehr geehrte Frau Kommissarin,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Betroffenheit nehmen wir die Entscheidung der EU-Kommission zur konstituierenden Sitzung des „Civil Society Forum“ zur Kenntnis. Dem Antrag der Organisation „Den Kindern von Tschernobyl“ e.V. alias „Belarussische Gemeinnützige Stiftung Den Kindern von Tschernobyl“ auf Teilnahme wurde nicht stattgegeben, der Antrag ohne Begründung abgelehnt. Die Entscheidung ist in Deutschland und ebenso in anderen EU-Staaten auf völliges Unverständnis gestoßen und hat erheblichen Unmut hervorgerufen.

Somit wird **die älteste und größte demokratische Bürgerbewegung** in Belarus von der EU von einem zivilgesellschaftlichen Forum ausgeschlossen ! Sie entstammt den ersten demokratischen Aufbrüchen in Belarus, vergleichbar mit denen in Polen. Die erste große Herausforderung an Glasnost und Perestroika, d.h. an die junge Demokratiebewegung hieß: „Tschernobyl“. Aus der Demokratiebewegung wurde die demokratische Tschernobylbewegung „Den Kindern von Tschernobyl“ und führte zur Demokratie in Belarus. Die demokratische Tschernobylbewegung leistete erhebliche Beiträge zur ersten Demokratie in Belarus, die jedoch mit dem Staatsstreich 1996 jäh beendet wurde. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene baute die Tschernobylbewegung ein riesiges Netzwerk internationaler humanitärer Zusammenarbeit auf, getragen durch zivilgesellschaftliches Engagement von Zigtausend Bürgerinnen und Bürgern in Ost und West – lange vor EU-Programmen zur östlichen Partnerschaft. Sie leidet nach dem Staatsstreich von 1996 bis heute unter den Repressionen des diktatorischen Regimes. Trotzdem arbeitet dieses zivilgesellschaftliche Netzwerk weiter. Die demokratische Tschernobylbewegung wird jetzt ausgeschlossen und missachtet. Eben sind die letzten Hürden präsidialer Dekrete in Belarus überwunden, da werden **neue Mauern** gebaut , jetzt von westlicher Seite – der EU.

Bundesarbeitsgemeinschaft Den Kindern von Tschernobyl In Deutschland e.V.

Partnerin der Gesellschaftlichen Organisation
"Den Kindern von Tschernobyl" Minsk –
Belarussische Gemeinnützige Stiftung
„Den Kindern von Tschernobyl“

Vorstand

Prof.Dr.Erika Schuchardt, Hannover

Prof.Dr.Helge Schenk, Göttingen

Frank Nägele, Solingen

Ursula Steuernagel, Lüneburg

Burkhard Homeyer,1.Vors , Münster

Pfr. Burkhard Homeyer

Karl-Immermann-Str.28

D-48165 Münster, Deutschland

Tel +49-2501-70927 Fax ~27417

E-mail: Burkhard.Homeyer@t-online.de

Wir befürchten:

1. Mit diesem Schritt wirkt die EU mit an der Zerstörung Zigtausender Brücken des Friedens und der Versöhnung in ganz Europa, die in zwanzig Jahren durch bürgerschaftliches Engagement der Zivilgesellschaft in und zwischen Ost und West gebaut worden sind.

Mehr als 200.000 Kindererholungsreisen belarussischer Kinder ins westliche Ausland – eine akute Sofortmaßnahme für die Gesundheit der Kinder in den von Tschernobyl betroffenen Zonen - haben von der demokratischen Bürgerbewegung "Den Kindern von Tschernobyl" organisiert werden können – trotz Widerständen und Behinderungen.

Dazu kamen und kommen zahlreiche gemeinsame soziale Projekte, z.B. Jugendzentren, Frauenberatung, Seniorenclubs etc..

Wie viele Menschen in Ost und West sind daran beteiligt gewesen und sind es ! Allein in der Bundesarbeitsgemeinschaft "Den Kindern von Tschernobyl" in Deutschland sind heute noch nach 20 Jahren über 150 deutsche Tschernobylbürgerinitiativen und -organisationen engagiert. Über die Kinder sind Brücken geschlagen worden, von Mensch zu Mensch, von Familie zu Familie, von Ort zu Ort, in allen Zonen und Regionen. Dauerpartnerschaften bis hin zu Städtepartnerschaften sind entstanden. Dezierte Informationen können wir gerne nachtragen. Die sozialen Projekte haben gemeinsame Ziele aufgenommen, Aufgaben gesetzt und Verantwortung geteilt. Ein Programm der EU kann mithelfen, diese Brücken und dieses internationale Netzwerk zu erhalten, zu stärken und einen Schutz zu bilden vor weiteren Repressionen und Zerstörungen.

Es kann sein, daß in das Forum regimetreue, vom Regime initiierte und kontrollierte „NGO“s in Belarus, sog. „GOGO's“, aufgenommen sind - eines Regimes, das alles getan hat und tut, die demokratischen zivilgesellschaftlichen Initiativen in Belarus zu unterdrücken, zu vernichten und ständig neue bürokratische Hürden gegen die internationale Zivilgesellschaft errichtet - bis hin zum angedrohten Verbot der Kinderreisen ins Ausland, wie wir es 2008/9 wieder erlebt haben. Das Menschenrecht auf Reisefreiheit wurde missachtet.

Wir befürchten:

2. Mit diesem Schritt zerstört die EU bei einem großen Teil engagierter Bürgerinnen und Bürger Europas das Vertrauen in die Demokratiefähigkeit der EU. Sie setzt sich hinweg über das, was Bürgerinnen und Bürger in 20 Jahren aufgebaut haben. Sie missachtet ihren Willen, selbstbestimmt auf zivilgesellschaftlicher Ebene zusammenarbeiten. Viele werden fragen, welche Interessen die EU vertritt. Es ist nicht allen erkennbar, daß es die Interessen zivilgesellschaftlich engagierter Bürgerinnen und Bürger in Europa sind.

Wir befürchten:

3. Die EU zerstört die Glaubwürdigkeit der in Prag beschlossenen Programme und ihre eigene Zielsetzung. Wie können Bürger und Bürgerinnen in Europa darauf bauen, daß die EU ein „Civil Society Forum“ fördern will?

Deshalb bitten wir die Kommission:

1. Wir bitten um Auskunft und Aufklärung

Wie ist es zu dieser Absage gekommen? Jeder Bürger und jede Bürgerin in der EU hat das Recht auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Wir möchten **konkret für diesen Fall** wissen:

- Wer hat diese Entscheidung getroffen,
- wer war daran vom „Lenkungsausschuß“ beteiligt?
- Nach welchen Kriterien und mit welcher **Begründung** ist sie getroffen worden?

2. Wir bitten um Auskunft und Aufklärung

über den **Findungsprozeß**, durch den die EU gezielt demokratische und aus der Demokratie erwachsene Netzwerke der Zivilgesellschaft in Ost und West ausfindig macht hinsichtlich einer Beteiligung an oder Ausgrenzung von ihrem Forum.

3. Wir bitten um Auskunft und Aufklärung

darüber, wie die EU in einem **Partnerschaftsprogramm** die korrespondierenden zivilgesellschaftlichen **Partner** im Westen beteiligt und beteiligen will.

- Wer ist im vorliegenden Fall als korrespondierender Partner einbezogen worden?
- Wer wurde mit welcher Begründung nicht einbezogen?

Dies wird die vielen demokratischen Tschernobylinitiativen in ganz Europa interessieren. Ihnen wird dieser Brief zur Kenntnis gegeben sowie der interessierten Öffentlichkeit. Sie werden auf eine begründete Sachinformation warten.

4. Wir bitten die Kommission,

die getroffene Entscheidung zu prüfen, sie zu überdenken und Möglichkeiten **zukünftiger Beteiligung der demokratischen Bürgerbewegung** zu schaffen, die in Belarus durch die Organisation „Den Kindern von Tschernobyl“, vormals „Belarussische Gemeinnützige Stiftung Den Kindern von Tschernobyl“ repräsentiert wird.

Das Ziel ist, daß unsere langjährigen Erfahrungen von 20 Jahren demokratischer, zivilgesellschaftlicher Partnerschaftsarbeit in Europa in den beginnenden Prozeß einbezogen werden. Wir stehen von deutscher Seite zu weiteren Informationen, Mitüberlegungen sowie zur Mitarbeit bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Burkhard Homeyer

1. Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft „Den Kindern von Tschernobyl“ in Deutschland
2. Vorsitzender des „International Council for the Children of Chernobyl“.

-